

Kotr  Kompakt



Schule statt Schwänzen

Momentan können wir beobachten, wie wieder einmal die Jugend in den Fängen von Ideologen missbraucht wird. Unter dem Banner "Fridays for Future" wird die Verführung mit Zuckerglasur und Sahnehaube unwiderst hlich angeboten. Wer kann da schon widerstehen...? Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Ironie, dass einzig Forschung und Bildung zu neuen Erkenntnissen bei erneuerbaren Energien führen. Ausgerechnet diese beiden Eckpfeiler unserer Gesellschaft werden untergraben durch Schw nzerei und den Missbrauch von Schülern durch grüne Ideologen. Eine 16-Jährige, die der  kolobby nach dem Munde redet und tausende Schüler zum Schwänzen der Schule animiert, ist an der Stelle das denkbar schlechteste Vorbild.

Ich wünsche mir daher einen rationalen sowie sachorientierten Umgang mit Themen wie Kohleausstieg und Energiewende - wir dürfen uns politisch nicht von aufgehetzten Schülern und den Fakenews der Lobbyverb nde treiben lassen.



Die deutsche Wirtschaft schläft

Die deutsche Wirtschaft steht unter Beschuss und schläft. Dazu der AfD-Bundestagsabgeordnete **Steffen Kotr **:

„Niemand aus der Politik hat verstanden, dass der Bayer-Konzern, einer der letzten großen deutschen Unternehmen in der Chemiebranche, mit Monsanto Milliardenrisiken übernommen hat. Jedem war klar, dass US-amerikanische Gerichte zum Angriff blasen werden. Dazu wird das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat benutzt. Viele Studien bescheinigen, dass kein Krebsrisiko besteht. Aber für die US-Amerikaner reicht schon eine Studie aus, die lediglich eine gewisse Wahrscheinlichkeit attestiert, um unverhältnismäßig hohe Summen an Schadenersatz gerichtlich einzufordern.

Jene besagte Studie der WHO hat sich zudem nur grundsätzlich mit Glyphosat, nicht aber mit den potentiellen Gefahren bei seiner Anwendung beschäftigt. Wir werden nun ein weiteres Beispiel erleben, wie US-Amerikaner deutsche Unternehmen unter Beschuss nehmen. Eine Frage bleibt jedoch: warum haben die deutschen Konzernlenker das zugelassen? Es müsste nach den Angriffen auf Nord Stream 2, VW und die Deutsche Bank klar sein, dass die Vertreter der USA nicht mehr nur mit wettbewerblichen Methoden arbeiten.“



Pressekonferenz mit Billy Six im Reichstag

Berlin, 20.03.2019. Auf der Pressekonferenz mit Billy Six, die von der AfD im Reichstag organisiert wurde, kamen haarsträubende Details über die Untätigkeit der deutschen Botschaft sowie des Auswärtigen Amtes zutage. Während Journalisten aus Frankreich, Spanien und den USA nach der Intervention ihrer Regierungen freikamen, musste die deutsche Botschaft nach 54 Tagen durch die Venezolaner selbst aufgefordert werden, sich um Billy Six zu kümmern. Aber nicht nur das, es wurden entlastende Unterlagen schlichtweg „vergessen“ und selbst einen Anwalt konnte die deutsche Botschaft nicht empfehlen.

Erst der Kontakt zwischen der AfD und dem russischen Außenministerium hat die Freilassung wohl ermöglicht.

Während die deutsche Regierung durch Untätigkeit glänzte, hat sich Russland für unseren deutschen Staatsbürger eingesetzt. Das Handeln der deutschen Bundesregierung muss man als erbärmlich bezeichnen. Zugleich ist es ein gutes Beispiel dafür, wie die Bundesregierung die eigenen Staatsbürger in unterschiedliche Kategorien einordnet. Während im Fall Deniz Yücel sowohl die Medienlandschaft als auch Politiker und Minister unermüdlich für dessen Freilassung kämpften, war der Journalist Billy Six von der Jungen Freiheit nicht einmal der Fürbitte unseres Außenministers wert.

Billy Six sagt:

„Ich lasse mich nicht unterkriegen, ich berichte weiter aus den Krisenregionen dieser Welt.“

Wir wünschen Billy viel Glück und Erfolg!



Bürger im Widerstand: Der Kampf gegen Artikel 13 und die Uploadfilter

Die EU will über unsere Köpfe hinweg entscheiden, was im Internet gepostet werden darf und was nicht. Mit Artikel 13 der geplanten Urheberrechtsreform halten die Uploadfilter zwangsläufig Einzug ins Netz.

Die Inhalte von Nutzern werden von den Filtern automatisch auf Urheberrechtsverletzungen hin gescannt. Bisher haftete jeder für das, was er im Internet frei zugänglich gemacht hat. Wurden die Rechte Dritter verletzt, musste man sich dafür verantworten. Durch die Änderungen sollen Plattformen und ihre Betreiber jetzt das volle Haftungsrisiko tragen. Das ist nicht zu leisten, denn wer kann schon jedes Werk im Netz vom Katzenbildchen bis hin zum Screenshot aus einem Film als urheberrechtswürdig erkennen?

Mit den automatisierten Uploadfiltern hat man einen sicheren Verbündeten, der rigoros alles löscht. Damit besteht jedoch die Gefahr, dass die Filter auch für Zensurzwecke missbraucht werden. Missliebige Beiträge, die nicht in den aktuellen politischen Zeitgeist passen, könnten gnadenlos getilgt werden. Das kommt nicht zuletzt einem Bruch des Koalitionsvertrages gleich, in welchem diese Lösch-Software ausdrücklich ausgeschlossen wurde.

Artikel 13 und die daraus resultierenden Uploadfilter bedeuten den Ausverkauf jeglicher Freiheit im Netz, womöglich gar den Sargnagel der Meinungsfreiheit insgesamt. Die AfD lehnt dieses jüngste Bestreben - im EU Parlament gnadenlos von den Altparteien abgenickt! - rigoros ab.



Gespräche in Vietnam

Zwischen dem 24. und 27. März führte mich eine Dienstreise des Wirtschaftsausschusses zu Wirtschaftsgesprächen nach Vietnam. Ein Land, welches eine jährliche Wirtschaftswachstumsrate von ca. 7% hat. Hier werden Infrastrukturprojekte schnell umgesetzt. Aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums von jährlich 1,077% besteht ein erhebliches Risiko der Arbeitslosigkeit. Deutschland will nun Pflegekräfte anwerben, denn die fehlen bei uns. Des Weiteren gab es Gespräche mit Vertretern des Wirtschaftsausschusses. Insbesondere in den Bereichen Mittelstand und Wirtschaftsverwaltung hat das Land Aufholbedarf. Zudem könnte man durch die Einführung eines dualen Ausbildungssystems stark profitieren.

In den Hallen der Kommunistischen Partei, welche den Staat lenkt, wurden wir herzlichst begrüßt. Vietnam ist ein strategischer Partner, der deutschen Unternehmen noch viel Potential bietet. Während unseres Aufenthaltes besuchten wir unter anderem ein deutsches Textilunternehmen in Saigon. Der Arbeitgeber muss seine Mitarbeiter in Vietnam selber ausbilden. Das duale Ausbildungssystem, welches wir in Deutschland erfolgreich anwenden, kann die Qualität der Facharbeiter erheblich erhöhen. Wenn wir Entwicklungshilfe leisten wollen, dann ist es der richtige Weg nach deutschem Vorbild auszubilden.

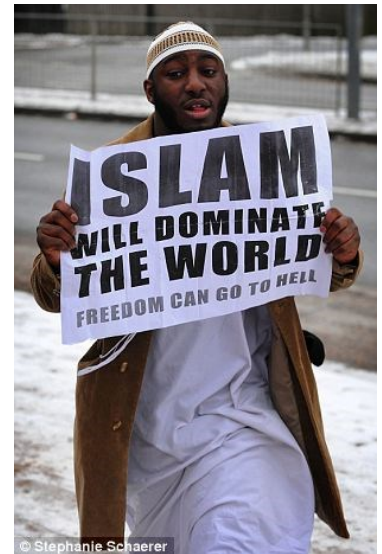


Generalbundesanwalt ermittelt fünfzehnmal häufiger gegen Islamisten als gegen Rechtsextreme

F.A.Z.: „Meiste Verfahren wegen islamistischen Terrors“

„Der Generalbundesanwalt hat im laufenden Jahr bislang 231 neue Ermittlungsverfahren mit Bezug zum islamistischen Terrorismus eingeleitet. Solche Verfahren beschäftigen die Behörde mit Sitz in Karlsruhe damit deutlich häufiger als rechtsextremistische Taten (15 Verfahren) oder Linksextremismus (fünf Verfahren). Das geht aus der Antwort des Bundesjustizministeriums auf eine Kleine Anfrage mehrerer AfD Abgeordneter im Bundestag hervor, die der Deutschen Presseagentur vorliegt. Die Zahlen spiegeln den Stand vom 10. Juli wider.“

Damit setzt sich ein Trend der Vorjahre fort. Während es zwischen 2014 und 2016 jeweils weniger als hundert neue Verfahren zum islamistischen Terrorismus gab, stieg die Zahl 2017 sprunghaft auf 1048 und sank 2018 auf 884. Im gleichen Zeitraum gab es zum Rechts- oder Linksextremismus jeweils nie mehr als 15 neue Verfahren pro Jahr.“ (F.A.Z., 31.07.2019)



Quelle: <https://www.dailymail.co.uk>



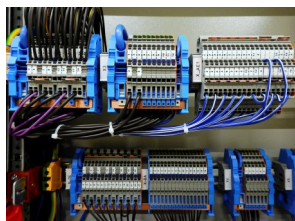
Der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré dazu: „Der islamistische Terror ist also real. Trotzdem werden in der veröffentlichten Meinung immer nur einseitig rechtsextremistische Umsturzbestrebungen suggeriert. Es wird sträflich unterlassen, die notwendige Aufmerksamkeit auch auf die Gefahren von Parallelgesellschaften und der vom Islam geforderten Scharia hinzuweisen. Unser Rechtsstaat muss die Einwanderung von islamistischen Terroristen strikt unterbinden und Parallelgesellschaften bekämpfen. Die in diesen Kreisen immer häufiger zu vernehmende Forderung nach Einführung der Scharia muss von der Politik endlich entsprechend problematisiert werden. Als AfD stellen wir uns dieser Verantwortung.“



Quelle: Symbolfoto Screenshot Youtube Wochenblick.at

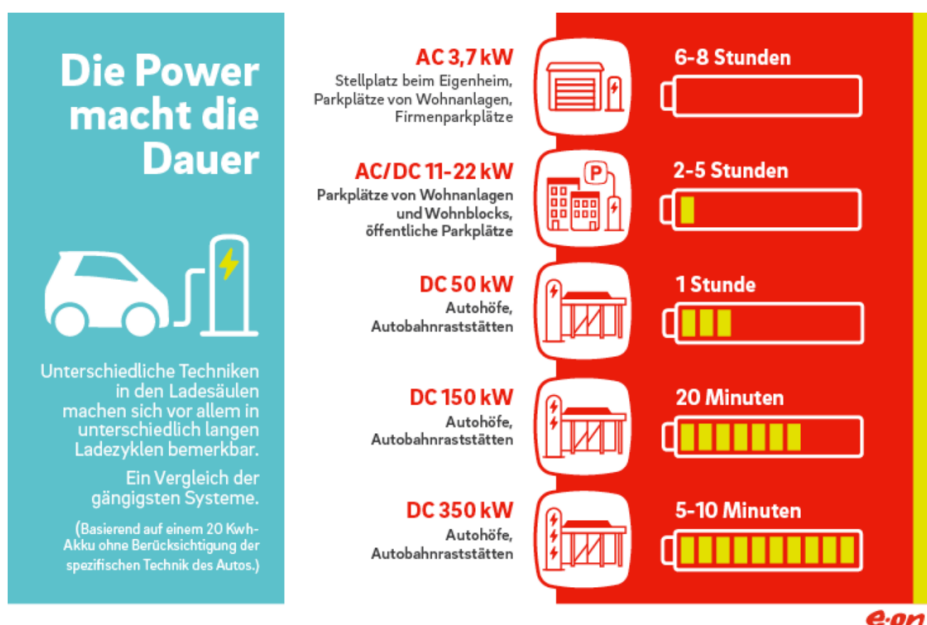
Was die Energiewende für Probleme bereitet ...

Die Versorgungssicherheit schwindet. Das heißt, dass die Netzstabilität immer weiter gefährdet wird. Der erneuerbare Strom ist nicht in der Lage, auf Nachfrageerhöhungen flexibel zu reagieren. Er lässt sich ökonomisch nicht sinnvoll großindustriell speichern. Für eine nicht auszuschließende Dunkelflaute (kein Wind, keine Sonne) von 14 Tagen würde es das 530-fache der aktuellen Speicherkapazität bedürfen. Mit dem Ausbau des erneuerbaren (instabilen) Stroms gehen zudem Stromausfälle im Millisekundenbereich einher. Die Gefahr von Blackouts sowie der Stromabschaltung für energieintensive Betriebe steigt daher. Allein im Jahr 2018 wurde den Aluhütten hierzulande 78 Mal der Strom abgestellt – ein Rekord! Im Juni 2019 konnte die deutsche Stromversorgung sogar nur mit Hilfe unserer ausländischen Partner sichergestellt werden. Am 6., 12. und 25. Juni 2019 stand das Netz jeweils kurz vor dem totalen Blackout. Reserveleistungen standen kaum zur Verfügung. Deshalb kostete am 25. Juni die Kilowattstunde Reserveleistung zeitweise 38,86 Euro. Der Ausstieg aus der Kohle- und Kernenergie führt zu Unterdeckungen in der Stromerzeugung. Nach den Vorschlägen der Kohlekommission wird es 2022 eine prognostische Unterdeckung in der Spitzenlast von 5 GW Leistung geben. In dem Bericht werden lediglich zwei Quellen der Deckung genannt: Gasverstromung und Import. Doch Gas ist nicht in Sicht und mit Importen würde Deutschland Kohlestrom und Strom aus Kernenergie beziehen, was das Vorhaben aus dem Kohlestrom und der Kernenergie auszusteigen, ad absurdum führt. Die Vertreter der



Bundesregierung konnten auf Nachfrage von Steffen Kotré im Bundestagsausschuss bislang nicht schlüssig erklären, wie die Kapazitätsengpässe kompensiert werden sollen. Großflächige Stromausfälle werden immer wahrscheinlicher. Auch der Strompreis führt in der energieintensiven Industrie dazu, dass nicht mehr in den Standort Deutschland investiert wird. Wie ernst es ist, macht zum Beispiel das Unternehmen Wacker Chemie, einer der größten Stromverbraucher, deutlich. Es ließ verlauten, dass es seine Produktion aufgrund der unsicheren Stromversorgung in die USA verlagern könnte. Deutschland verliert mit der Energiewende seine energieintensiven Industrien.

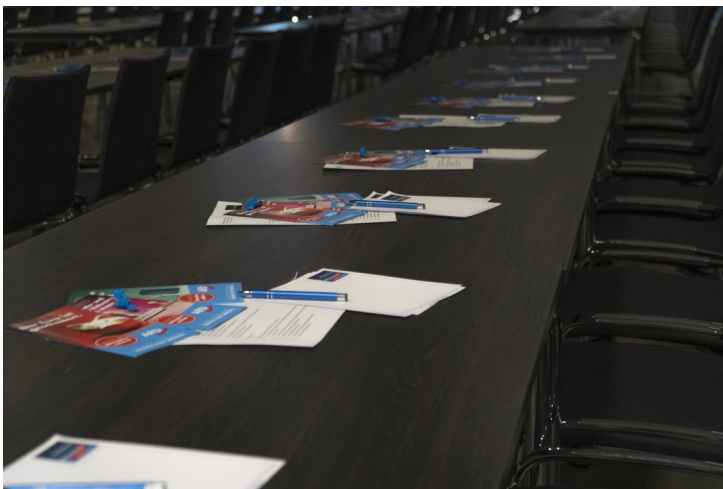
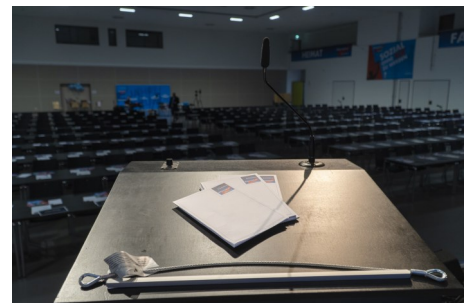
Steffen Kotré, der Energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, äußert sich besorgt: „Die Nutzung von mehr Elektrofahrzeugen belastet das ohnehin schon angespannte Stromnetz. Nach den Vorgaben der Energieversorger beträgt der Anschlusswert einer Ladestation 11 bis 22 kW (E.O.N.). Eine Windkraftanlage liefert im Mittel 2.000 kW Leistung und kann rechnerisch im Mittel maximal 90 Ladestationen versorgen - aber nicht kontinuierlich! Aktuell sind in Deutschland rund 30.000 Windkrafttrader (Bundesverband Wind Energie e.V.) aufgestellt. Diese würden für ca. 2,5 Millionen Elektrofahrzeuge ausreichen. Das sind bei insgesamt rund 47 Millionen Fahrzeugen knapp über 5 Prozent. Um alle 47 Millionen Fahrzeuge auf E-Antrieb umzustellen, bräuchte man somit circa 800.000 Windkraftanlagen. Aber nicht nur die Bereitstellung der Energie bereitet Schwierigkeiten, sondern auch der Ausbau der Netze. Die Leitungsauslegung für die Versorgung einer Wohnung beträgt etwa 9 kW (400V). Wenn jetzt noch die 11 bis 22 kW für die Ladestationen hinzukommen, ist das eine Verdopplung der benötigten Leistung. Daraus folgt ein Anstieg des Bedarfs an Rohstoffen wie Kupfer und Aluminium zur Herstellung der Kabel für den Netzausbau.“



Landesparteitag in Brandenburg

Drei Tage Landesparteitag der AfD-Brandenburg in Falkensee. Die Mitglieder des Landesverbandes wählten einen neuen Landesvorstand und bestätigten dabei den Vorsitzenden Andreas Kalbitz sowie seine beiden Stellvertreter Birgit Bessin und Daniel Freiherr von Lützow in ihren Ämtern. Als Landesschatzmeister wurde Stefan Edler gewählt, sein Stellvertreter ist Oliver Calov. Zum Schriftführer wurde Kerstin Schotte gewählt. Die vier Beisitzer Steffen Kotré, Dennis Hohloch, Lena Duggen und Wilko Möller ergänzen das Team. Vielen Dank für das Vertrauen!

Zudem wurden die Delegierten für den nächsten Bundesparteitag sowie die Delegierten für den Bundeskonvent gewählt.



Cottbus, 4. Mai. Zum dritten Mal innerhalb eines Jahres wurde unser Gemeinschaftsbüro der Brandenburger Bundes- und Landtagsabgeordneten attackiert. Dieser dritte Anschlag auf unser Cottbusser Büro ist nicht nur ein Angriff auf die AfD, sondern auf die parlamentarische Demokratie insgesamt. Wer denkt, uns durch Vandalismus einschüchtern zu können, irrt gewaltig. Im Gegenteil motiviert uns das zusätzlich, den notwendigen Kampf gegen linke Chaoten aufzunehmen. Wer noch immer glaubt, Linksextremismus sei ein aufgebauschtes Problem, macht sich an der Zerstörung unserer demokratischen Kultur mitschuldig.

Steffen Kotré: „Ich empfehle der Stadt Cottbus daher dringend ein Förderprogramm im Kampf gegen Linksextremismus, an dem wir uns gerne beteiligen werden.“



Bundestagsrede vom 9. Mai



Während der vergangenen Bundestagsdebatte durfte ich für unsere Fraktion zum Thema EEG sprechen. Besonders interessant sind die Zwischenrufe bzw. Störungen der Altparteiler. Hier einige Auszüge:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Früher konnte Deutschland stolz auf seine Stromversorgung sein. Es gab verlässlichen und bezahlbaren Strom.“

Timon Gremmels (SPD): Aus Atomkraft!

„Deutschland konnte sich selbst versorgen. Das ist leider vorbei.“

Timon Gremmels (SPD): Wir exportieren immer noch! Sie müssen sich mal die Zahlen angucken!

„Das Maß ist voll, der Geldbeutel der Stromkunden leer, meine Damen und Herren.“

Timon Gremmels (SPD): Gleich ist Ihre Rede leer! (...)

Die Vollständige Rede finden Sie hier: <https://www.youtube.com/watch?v=DCzIPtXQ22A>

Erneuter US-Angriff auf Nord Stream 2

Zu einer Gesetzesinitiative des US-Senats gegen Nord Stream 2 sagt der Energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, **Steffen Kotré**:

„Nachdem nun eine neue Welle von US-Sanktionen gegen das deutsch-russische Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 droht, fordere ich die Bundesregierung auf, dieses für Deutschland und Europa unerlässliche Projekt einer direkten und günstigen Gasversorgung zu sichern. Sollte der US-Senat tatsächlich beschließen die am Bau der Pipeline beteiligten Unternehmen mit Sanktionen zu belegen, wäre das ein Schlag ins Gesicht der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Die erpresserische Sanktionspolitik der USA hat das Ziel, preiswertes russisches Erdgas zu behindern und stattdessen deren umweltpolitisch bedenkliches Fracking-Gas bei uns abzusetzen. Die Bundesregierung muss daher unverzüglich Gespräche mit der US-Administration aufnehmen. Es gilt die beteiligten Unternehmen zu schützen und zusammen mit unseren europäischen Partnern entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.“



Quelle: Infografik Die Welt

Wahlkampf in Brandenburg



SPD = Sharia-Partei Deutschlands?

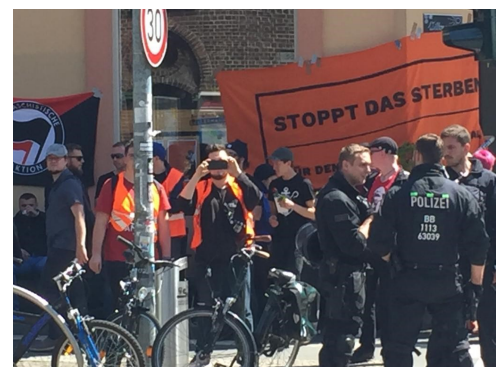
Justizministerin Katarina Barley (SPD) möchte Menschen einbürgern, deren Identität nicht geklärt ist und die offiziell in Vielweiberei leben.

Die SPD handelt damit nicht nur grundgesetzwidrig, sie bereitet der islamischen Scharia-Rechtsprechung den Weg.

Am 1. Mai wurde im Rahmen des Europa- und Kommunalwahlkampfes in Brandenburg großflächig plakatiert. Durch mein Bürgerbüro in Cottbus bin ich regelmäßig vor Ort und unterstützte die Parteifreunde tatkräftig. Besonders erfreulich war der große Zuspruch durch die Bürger auf der Straße.



Infostand in Potsdam-Babelsberg: Viel Polizei, um die linkschaotischen Gewalttäter in die Schranken zu weisen. Aber wir verteilen auch viele Flugblätter und Infomaterial. Wir lassen nicht locker!



Infostand in Fahrland mit Roman Kuffert und Sebastian Olbrich. Gutes Wetter lässt auf gute Ergebnisse hoffen.



Energiepolitik



Anhörung zum Thema Kohleausstieg:

Die Versorgungssicherheit der Stromversorgung hat Verfassungsrang. Sie ist eine staatliche Daseinsvorsorge und muss wirtschaftlich gewährleistet sein. Die Energiewende läuft jedoch völlig aus dem Ruder. Demnächst müssen sich Stromkunden auf 65 Cent pro Kilowattstunde einstellen. Wir fordern daher die Abschaffung des EEGs und marktwirtschaftliche Prinzipien in der Energiepolitik.

Pressemitteilung der Energiepolitischen Sprecher der Landtags-, Bürgerschafts- und Abgeordnetenhausfraktionen sowie der Bundestagsfraktion der AfD

Die Energiepolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen lehnen die Energiepolitik der Bundesregierung ab. Sie verweisen darauf, dass aufgrund des starken Ausbaus der regenerativen, instabilen Energien die Versorgungssicherheit in der Stromerzeugung nicht mehr gegeben ist. Die Energiewende hat keine Chance auf Zielerreichung und trägt zur massiven Vernichtung des Volksvermögens bei. Weiterhin werden mit der Behinderung der Gasleitung Nord Stream 2 deutsche und europäische Interessen massiv geschädigt.

Regenerative, instabile Energien können Strom nicht bedarfsgerecht erzeugen. Die schwankende Erzeugung gefährdet dabei die Versorgungssicherheit erheblich. Die Vorrang einspeisung der subventionierten regenerativen Energien verzerrt den Strommarkt und verteuert damit die grundlastfähige und preiswerte konventionelle Stromerzeugung. Wenige finanzstarke Investoren profitieren damit auf Kosten der Bevölkerung. Eine derart unsoziale Umverteilung von unten nach oben lehnen wir als Energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktionen entschieden ab.



Wir fordern daher die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und wollen die Energieversorgung wieder marktwirtschaftlich gestalten. Die Kohleverstromung in Deutschland und die damit verbundenen Arbeitsplätze wollen wir erhalten.

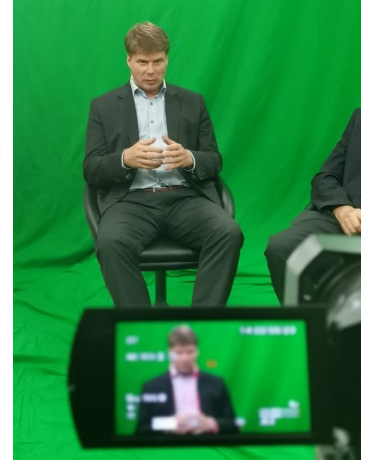
Die Gasversorgung Deutschlands und Europas muss auch in Zukunft zuverlässig und bezahlbar bleiben. Das Pipelineprojekt Nord Stream 2 befürworten wir daher ausdrücklich und fordern die Bundesregierung dazu auf, sich gegen jede Behinderung des Projekts konsequent durchzusetzen. Zur Diversifizierung der Energieversorgung kann ergänzend zu Gasleitungen eine Flüssiggas-Infrastruktur sinnvoll sein. Diese muss sich jedoch ohne staatliche Subventionen am Markt behaupten.

Eine staatlich verordnete Verkehrswende lehnen wir ab. Wir wollen bezahlbare Mobilität für die breite Bevölkerung und sprechen uns daher für den Erhalt des Verbrennungsmotors als bewährte und preiswerte Technologie aus.

Gespräche in Polen



Warschau, 22. Mai. Bei unseren polnischen Freunden der Partei der Arbeit durfte ich Informationen zur AfD aus erster Hand geben. In dem Zusammenhang folgte im Anschluss eine Pressekonferenz. In Polen weiß man noch recht wenig über die neue patriotische Kraft in Deutschland.



Gespräche in Armenien

Jerewan, 27. Mai. In der armenischen Hauptstadt führten wir intensive Gespräche mit der stellvertretenden Wirtschaftsministerin des Landes. Nach der Revolution 2018 und den anschließenden Neuwahlen im vergangenen Oktober kam die Partei von Ministerpräsident Nikol Paschinjan auf ganze 70 Prozent der Stimmen. Seine Bewegung will die Wirtschaft transparenter und investorenfreundlicher gestalten. Armenien ist Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und will stärker mit der EU kooperieren. Wir unterstützen das. Armenien kann damit eine Brücke bilden, um die europäischen Traditionen, Werte und christliche Religion zu bewahren.



Wir Brandenburger vor dem Wirtschaftsministerium in Jerewan.

#GutZuWissen:

Humanitäre Hilfe für Jemen

Die Bundesregierung hat für den Jemen für das laufende Jahr humanitäre Hilfe im Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro angekündigt. Für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit seien für 2019 derzeit Neuzusagen in Höhe von 107 Millionen Euro geplant. *(Drucksache 19/8703)*

Tansania

Das Gesamtvolumen der in den vergangenen 10 Jahre vergebenen Hilfen im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Tansania beläuft sich auf 428,28 Millionen Euro. *(Drucksache 19/8410)*

Zahlen zum Familiennachzug

Berichte der „Tagesschau.de“ und „Bild am Sonntag“ nach denen das Bundesinnenministerium für das Jahr 2018 die Zahl von 38.500 Familiennachzugsvisa angegeben hat, sind irreführend. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes sprach hingegen von 79.100 Visa allein zwischen dem 1. bis 3. Quartal 2018. *(Drucksache 19/8481)*

Asylanträge nigerianischer Staatsbürger

1.979 im Jahr 2013; 3.989 im Jahr 2014; 5.302 im Jahr 2015; 12.916 im Jahr 2016; 8.261 im Jahr 2017 und 11.073 im Jahr 2018. Das BAMF entschied 2018 über 3.729 Anträge nigerianischer Staatsbürger. Dabei wurden den Angaben zufolge lediglich 35 als asylberechtigt anerkannt. *(Drucksache 19/9404)*

Sozialanteil im Etat fast verdoppelt

Der Ausgabenanteil für soziale Leistungen hat im Jahr 1990 lediglich 27,2% betragen. Bis zum Jahr 2019 ist dieser Anteil auf ganze 50,4% angestiegen! *(Drucksache 19/8228)*

„Cash for Work“

Für 2019 seien Neuzusagen in Höhe von 300 Millionen Euro geplant für eine Beschäftigungsoffensive in Nahost. *(Drucksache 19/8412)*

21 Milliarden Euro Flüchtlingskosten

Die flüchtlingsbezogenen Gesamtkosten, welche die Bundesregierung zugibt, belaufen sich 2019 voraussichtlich auf eine Größenordnung von rund 21 Milliarden Euro. *(Drucksache 19/8342)*

Keine Statistik über Selbstbeziehung

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird keine Statistik über Asylbewerber geführt, die sich selbst bezichtigen, in ihren Heimatländern Straftaten begangen zu haben, um mutmaßlich einer Abschiebung zu entgehen. Solche Fälle sind bekannt, es liegen aber keine statistisch aufbereiteten Erkenntnisse vor. *(Drucksache 19/8510)*

Demokratie

Die Linkspartei will die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten auf Menschen, die - unabhängig von der deutschen Staatsangehörigkeit - seit mindestens 5 Jahren in Deutschland leben. *(Drucksache 19/16)*

Linksextremistische Musikszene

In Deutschland gibt es nach Angaben der Bundesregierung keine „eingrenzbare linksextremistische Musikszene“. Daher lägen auch keine Kenntnisse vor. *(Drucksache 19/8764)*

Kontakt

Berliner Büro

Steffen Kotré, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Leiter: David Eckert

Tel.: 030 227 78357
Fax: 030 227 70356

Cottbusser Büro

Steffen Kotré, MdB
Mühlenstraße 44
03046 Cottbus

Leiter: Benjamin Filter

Tel.: 030 227 78358
Fax: 030 227 70356



www.steffenkotre.de



steffen.kotre@bundestag.de



@St.Kotre



@steffenkotre



@SteffenKotre

V.i.S.d.P.

Steffen Kotré, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

im September 2017 haben Sie mich als Ihren Vertreter in den Deutschen Bundestag entsandt. Seitdem ist viel passiert. Die Alternative für Deutschland wurde durch die Wiederauflage der großen Koalition zur größten Oppositionsfraktion.

Ich selber gehöre dem Wirtschafts- und Energieausschuss an. Inzwischen wurde ich für unsere Fraktion zum Energiepolitischen Sprecher sowie Berichterstatter für internationale Austauschprogramme bestimmt.

Damit Sie mich auf unserem gemeinsamen politischen Weg weiterhin hautnah begleiten können, werde ich Sie mit meinem Rundbrief auf dem Laufenden halten.

An der Stelle möchte ich Sie dazu ermuntern, mich bei Fragen, Anregungen oder Problemen jederzeit zu kontaktieren. Ich bin für Sie da.

Herzlichst, Ihr

Steffen Kotré